

Wif!

rk

ittig
20 Pfg.
ra große
25 Pfg.

**gelblichige
rtoffeln**
30 Pfg.

**umant-
Salat**
38 Pfg.

rbinen
3 Pfg. an

**äse:
Streich-
käse**
28 Pfg.

errieg"
ichkäse
35 Pfg.

amer
15 Pfg.

ürkchen
50 Pfg.

rwurst
78 Pfg.

**ische
beeren**
38 Pfg.
Borrot

attmarken

rkuch

teigerung
ffentlich meist-
bar versteigert
23. Juni
Stammheim:
1 Kommode
Kretär eiden,
50 Ltr. Moll,
Eisch, 1 woll-
3 leere Fässer,
Kost jka. 300
jka. 1 1/2 Jahr
1: 5 Fässer
200-300 Ltr.,
1 Sofa ge-
lumenländer,
Zusammen-
Rathaus.
Hollz.-Stelle.

**ammer-
nung**
auf 1. Juli
Angebote unt.
an die Ge-
L. erbeten.

inn!

st

an Herrn, der
enartikels der

enzen erbeten
& Bogler,
ung innerhalb

uni

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plagvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 144

Donnerstag, den 23. Juni 1932

Jahrgang 105

Bergeblicher Mahnruf Hoovers zur Abrüstung Frankreich macht jeden Auftrieb der Konferenzarbeit zunichte

El Genf, 23. Juni. Der Hauptauschuss der Abrüstungs-konferenz ist völlig unerwartet auf Antrag des amerikani-schen Vorschlägers gestern nachmittags einberufen worden. Unter atemloser Stille verlas der amerikanische Vorschläger Gibson eine Votschaft Hoovers, die eine Abrüstung sämtlicher Rüstungen in der Welt, mit Ausnahme der Rüs-tungen Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgari-ens um ein Drittel vorschlägt. Ferner sollen sämtliche Tanks, die chemischen Kriegswaffen und die schwer-bewegliche Artillerie abgeschafft werden. Sämtliche Staaten sollen eine Armee annehmen, die den Polizeinotwendigkeiten entspricht und im Verhältnis steht zu den Deutschland im Versailler Vertrag eingeräumten Streitkräften. Auf dem Ge-biete der Militärluftfahrt sollen die Bombenflugzeuge ganz abgeschafft werden. Die Gesamttonnage der Linienschiffe soll um ein Drittel, die der Flugzeugmutterchiffe um ein Vier-tel herabgesetzt werden. Kein Staat soll mehr als 35 000 T. Unterseeboote besitzen.

Nach der Verlesung des Abrüstungsplanes des Präsi-denten Hoover gab als erster der englische Außenminister Sim-on eine Erklärung ab, in der er zunächst die außerordent-liche Bedeutung des amerikanischen Planes unterstrich und die amerikanische Regierung zu ihrem Schritt beglück-wünschte. Simon brachte sodann in sehr geschickter diploma-tischer Form den kritischen Standpunkt der englischen Re-gierung zum Ausdruck. Er schloß: das Werk der Abrüstung müsse jetzt mit aller Energie und in vollem Vertrauen durchgeführt werden. Aber die Durchführung der Abrüstung hinge von der Uebereinstimmung, der Erfolg von der Zu-sammenarbeit aller ab.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour lehnte den amerikanischen Vorschlag glatt ab. Er verlangte, daß der amerikanische Plan von der Abrüstungskonferenz gemeinsam mit dem Vorschlag der französischen Regierung zur Organisation der internationalen Sicherheit behandelt werde. Die französische Sicherheitsvorschlüge müs-sen von der Konferenz geprüft werden, wenn man eine Herabsetzung der Rüstungen erreichen wolle. Die französische Regierung nehme den amerikanischen Vorschlag nur unter diesem grundsätzlichen Vorbehalt als Verhandlungsgrund-lage an.

Der Führer der deutschen Abordnung, Radolny, er-klärte im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz, die deut-sche Regierung habe mit größtem Interesse und besonderer Befriedigung von den Abrüstungsvorschlägen des Präsi-denten Hoover Kenntnis genommen. Die Konferenz müsse sich zu dieser neuen Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten beglückwünschen. Es könne nicht länger verheim-licht werden, daß die Konferenz im Begriff sei zu versanden, so daß zweifellos die Befriedigung der Beschlüsse, die die gesamte Welt fordere. Die Vorschläge des Präsidenten Ho-over hätten das große Verdienst, der Abrüstungskonferenz einen neuen Impuls zu geben und die Arbeit der Konferenz

wesentlich zu erleichtern. Der Grundsatz der Gleichheit bilde eine der entscheidendsten Bedingungen für den Enderfolg der Abrüstungskonferenz.

Der italienische Außenminister Grandi gab zuletzt eine Erklärung ab, nach der die italienische Regierung uneinge-schränkt den amerikanischen Plan in allen seinen Teilen be-dingungslos und vollständig annimmt. — Die Verhandlungen des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz sind nach den Erklärungen der Großmächte zu dem neuen Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wiederum auf unbefristete Zeit verschoben worden. Es besteht somit unlegbar die Gefahr, daß die große Initiative der amerikanischen Re-gierung wiederum ohne praktischen Erfolg bleibt.

Die deutsche Stellungnahme zu Hoovers Abrüstungsplan

Von maßgebender deutscher Stelle wird zu dem neuen Abrüstungsplan Hoovers folgende Stellungnahme eingenom-men: Die Initiative des Präsidenten Hoover ist schon des-halb sehr begrüßenswert, weil damit ein energischer Schritt auf allen drei Gebieten der Abrüstung unternommen wird. Ferner ist auf dem Gebiete der Effektivstärken in einer Teil-frage der deutsche Rüstungsstand, wie er im Versailler Ver-trag festgelegt worden ist, als Ausgangspunkt genommen, und zwar bei der Berechnung der Effektivstärken für die in-nerer Sicherheit. Von deutscher Seite muß jedoch darauf hin-gewiesen werden, daß auch die in der amerikanischen Erklä-rung vorgeschlagene Lösung noch weit von den deut-schen Forderungen entfernt ist, die darin beste-hen, daß die Konferenz selbst in ihren Beschlüssen über die amerikanischen Vorschläge hinausgeht. Insbesondere wird von deutscher Seite gefordert, daß — soweit Deutschland in Frage kommt — das Rüstungsverhältnis zwischen den Staa-ten nicht das gleiche bleibt wie bisher, sondern durch Berück-sichtigung der deutschen Forderung nach äußerer Sicherheit abgeändert wird.

Hoovers Vorschläge zur Abrüstung waren für die ameri-kanischen Regierungskreise eine völlige Ueberraschung. Im Senat lösten sie teils Anerkennung, teils Kritik aus.

Wirtschaftsbesprechungen in Lausanne

Die deut-sche Abordnung hat am Mittwoch nachmittags offizielle Besprechungen mit Vertretern anderer Abordnun-gen über die Tributfrage nicht geführt. Dagegen ist in un-verbindlicher Form über die wirtschaftlichen Fragen Füh-ling genommen worden.

Macdonald und Herriot hatten Mittwoch nach-mittag eine einstündige Unterredung, in der man die Ueber-reichung der französischen Forderungen erwartete. Aus fran-zösischer Quelle verlautet aber, daß Vorschläge noch nicht übergeben seien. Offenbar haben sich Herriot und Macdo-nald zunächst noch einmal über den Inhalt der letzten Er-klärungen des Reichsfinanzministers, die Mittwoch vormittag durch den Reichsaußenminister von Neurath Macdonald noch ein-mal schriftlich übergeben wurden, unterhalten.

Die Länderkonferenz in Berlin

El. Berlin, 23. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsministerium des Innern trat gestern vormittags 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Aus-schreitungen vom 14. Juni ds. Js. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Reichherr von Gajl, zusam-men. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Ver-treter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzel-nen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Länder-vertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden Landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Ma-terie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugefagt.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, handelt es sich bei den in der amtlichen Verlautbarung genannten Ländern, die von der Auffassung der Reichsregierung noch abweichen, um Bayern und Baden. Es ist anzunehmen, daß die Entscheidung dieser Länder über die vom Reichsinnenmini-ster erbetene Anpassung der Landesrechtlichen Vorschriften an die Politik der Reichsregierung bis Ende dieser Woche in Berlin vorliegen wird. Sollte die Entscheidung in dem vom Reichsinnenminister gewünschten Sinne ausfallen, so

dürfte die Reichsregierung von ihrem Plan, das Tragen von Uniformen reichsrechtlich zu regeln, Abstand nehmen. Die notfalls von den Ländern zu treffenden Maßnahmen müßten auf die örtlichen Verhältnisse beschränkt bleiben und zeitlich begrenzt sein. Wie verlautet, entsprechen die Ge-rüchte, die von einer Verhängung des Ausnahmezustandes für den Fall der Nichtannahme der Vorschläge des Reichs-innenministers sprechen, nicht den Tatsachen.

Eine Entschlieung des Zentrums

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat einmütig eine Entschlieung angenommen, in der es heißt: Die politischen Maßnahmen des neuen Kabinetts haben in wenigen Tagen das deutsche Volk im tiefsten aufgewühlt. Weit davon ent-fernt, eine überparteiliche Regierung zu sein, erscheint das Kabinetts von Papen in seinen Entschlieungen in gefähr-lichem Maße abhängig vom Willen rechtsradikaler Parteien. Konflikt zwischen Reich und Ländern, blutige Ausschreitun-gen in Stadt und Land sind naturgemäße Wirkungen der Aufhebung des Uniformverbots. Die Fraktion protestiert auf das schärfste gegen die durch die Maßnahmen des Kabi-netts von Papen hervorgerufene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Um schwerste Gefahren für die Nation zu ver-hüten, erwartet sie gemäß der Ankündigung des Herrn Reichspräsidenten unverzügliches und wirksames Eingreifen der Reichsregierung im Interesse der Erhaltung von Ruhe und Ordnung. Die friedliebende Bevölkerung verlangt, daß der beginnende Wahlkampf ohne gewaltsame Beeinflussung vor sich gehen kann und daß die politischen Maßregeln der Länder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sel-ten der Reichsregierung keine Beeinträchtigung erfahren.

Tages-Spiegel

Der amerikanische Präsident Hoover hat einen Mahnruf zur Abrüstung an die Genfer Abrüstungskonferenz gerichtet und einen Abrüstungsvorschlag unterbreiten lassen. Man glaubt jedoch nicht an einen praktischen Erfolg.

Nach dem Verlauf der Berliner Länderkonferenz rechnet man mit einer einheitlichen Regelung der Durchführung der innenpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung in den Ländern.

Adolf Hitler erklärt einen Aufruf, in dem er gegen den fort-gesetzten Rechts- und Verfassungsbruch des Zentrums und der Sozialdemokratie protestiert und es ablehnt, mit die-sen Parteien irgendeinen Fakt zu schließen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat die Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags beantragt.

Der deutsche Flottenbefehl in Danzig wird trotz des pol-nischen Einspruchs erfolgen. Die polnische Regierung wird den Festlichkeiten zu Ehren der deutschen Schiffe fern-bleiben.

Arbeitsbeschaffung und Siedlung

Die Pläne der Reichsregierung

Zu der gestrigen Meldung über die wirtschaftspolitischen Pläne der Reichsregierung, insbesondere in der Frage der Arbeitsbeschaffung, werden von zuständiger Stelle noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Für Arbeitsbeschaf-fungszwecke sind sowohl in der Notverordnung als auch im Reichshaushalt besondere Mittel vorgesehen. Auf Grund der Notverordnung ist zunächst ein Betrag von 135 Millio-nen angesetzt worden, der sich wie folgt verteilt: 60 Millio-nen für Straßenbau, 50 Millionen für den Bau von Wasser-strassen, 25 Millionen für Meliorationen. Der Gesamtbetrag von 135 Millionen Mark läuft über die Bau- und Boden-bank und wird zusammen mit der Reichsbank finanziert. Ferner ist für Hausreparaturen und Teilung von Groß-wohnungen ein Betrag von 100 Millionen vorgesehen, für die das Reich die Zinszuschüsse leisten wird. Für den ersten Bauabschnitt der Vorstadtkleinsiedlungen ist weiter ein Be-trag von 48 Millionen Mark angesetzt. Man hofft, hiermit 18 000 Vorstadtkleinsiedlerstellen zu schaffen. Für den zwei-ten Bauabschnitt der Vorstadtkleinsiedlung ist weiter der Betrag von 25 Millionen in Aussicht genommen, über den ein endgültiger Beschluß des Reichskabinetts aber noch nicht vorliegt. Auf Grund des Reichshaushalts sind schließlich 50 Millionen für landwirtschaftliche Siedlung und 40 Millionen für den freiwilligen Arbeits-dienst eingelegt. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten erhält einen Betrag von rund 50 Millionen Mark, der für Flussregulierungen, Ausbau von Eisenbahnstreden uim. verwendet werden soll.

An zuständiger Stelle wird betont, daß angesichts dieser Ziffern von unzulänglichen Summen kaum gesprochen wer-den könne, wenn man die ungünstige Finanzlage des Rei-ches berücksichtigt. Die Reichsregierung wende gerade der Frage der Arbeitsbeschaffung ihre allergrößte Aufmerksam-keit zu. Der eigentliche konstruktive Ausbauplan der Reichs-regierung könne allerdings erst nach der Rückkehr der in Lausanne weilenden Reichsminister in Angriff genommen werden. Was die Siedlungsfrage angeht, so wird betont, daß es die Absicht der zuständigen Stellen sei, die Siedlung tatkräftig fortzuführen.

Die Saar bleibt deutsch!

Die saarländischen Parteien gegen französische Bestrebungen

— Saarbrücken, 23. Juni. In der letzten Sitzung des saarländischen Landesrats gaben das Zentrum, die Deutsch-saarländische Volkspartei und die Nationalsozialisten eine Einspruchs-Erklärung gegen den Versuch gewisser französi-scher Kreise ab, das Saargebiet als Entschädi-gungsgegenstand zu betrachten. Der Landesrat stellt demgegenüber ausdrücklich fest, nach dem Wortlaut der Saar-Satzung habe die Saarbevölkerung über ihre politische Zukunft selbst zu entscheiden. Nach dem Willen der gesamten Bevölkerung dürfe die Lösung der Saarfrage nicht anders geschehen, als daß das gesamte Saargebiet politi-sch und wirtschaftlich vorbehaltlos an das Deutsche Reich wieder angegliedert werde. Wenn Frankreich nicht vorher seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Lösung gebe, werde die Lösung auf Grund des Er-gebnisses der Volksabstimmung im Jahre 1935 geschehen. Die Saarbevölkerung werde es unter keinen Umständen zu-lassen, daß ihr dieses bedingungslose Recht auf politische Selbstbestimmung in irgendeiner Weise beeinträchtigt werde.

Deutsch-französische Wirtschaftsfragen

III. Lausanne, 22. Juni. Von deutscher Seite wird mitgeteilt, daß in Unterredungen des Reichswirtschaftsministers Warnecke mit dem englischen Handelsminister Runciman und dem französischen Handelsminister Durand die großen Weltwirtschaftsprobleme, die Währungsfragen, der Handels- und Warenaustausch, die Devisenfragen, sowie sämtliche den gegenwärtigen internationalen Güteraustausch störenden Bestimmungen erörtert worden seien. Ueber den näheren Inhalt der Unterredung werden keine Mitteilungen gemacht. Mit dem französischen Handelsminister Durand sind jedoch im besonderen die deutsch-französischen Wirtschaftsfragen behandelt worden. Aus dieser Unterredung hat sich von deutscher Seite der Eindruck ergeben, daß sich in Frankreich gegenwärtig ein lebhafteres Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit geltend macht. Es ist in Aussicht genommen, daß zwischen den wirtschaftlichen Sachberatern der deutschen und der französischen Abordnung noch in dieser Woche ein eingehender Gedankenaustausch über die gesamten deutsch-französischen Wirtschaftsfragen stattfindet.

Die deutsche Denkschrift zur Tributfrage

Wie ein Berliner Blatt zu berichten weiß, enthält die deutsche Denkschrift zur Tributfrage sieben Hauptargumente zur Begründung der deutschen Forderung nach sofortiger und völliger Tributfreigabe und zur Ablehnung der französischen Idee eines Restributes. Kurz zusammengefaßt lauten die angeführten Gründe:

1. Die gewaltige deutsche Arbeitslosigkeit.
2. Die Senkung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland, von denen etwa ein Drittel auf soziale Lasten entfallen, ist brutal durchgeführt worden, zum Teil bis auf „Elendshöhe“.
3. Auch die ausländischen Sachverständigen haben die Tatsache der unnatürlichen Ueberdrehung der deutschen Steuerschraube anerkannt.
4. Zu hoher Zinsfuß und Aufzehrung der Kapitalreserven.
5. Die deutsche private Auslandsverschuldung, die zum großen Teil auf die Tribute zurückgeht.
6. Die Reichsbahn-Gesellschaft besitzt gleichfalls keine Reserven mehr. Die Einnahmen sind gegenüber 1929 um mindestens 50 Prozent zurückgegangen. Ebenso unmöglich wie die Ausgabe von Eisenbahnobligationen ist die Hergabe der Reichsbahn.
7. Die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde durch Restribute auf Jahre hinaus weiter schwer geschädigt werden.

Reichsbeteiligung am Gelsenkirchener Stahlverein

Die Gerüchte über eine Stützung der weitdeutschen Schwerindustrie durch das Reich finden ihre Bestätigung. Die reichseigene Dresdener Bank wird ein Paket Gelsenkirchener Aktien im Werte von 110 Millionen RM. zum Kurse von 90 v. H. übernehmen. Wie verbreitet wird, erfolgt dieser Schritt des Reiches, den übrigens die Regierung Brüning schon eingeleitet hatte, um einer Ueberforderung bei dem größten Konzern der Schwerindustrie, dem Gelsenkirchener Stahlverein, vorzubeugen.

In Wirtschaftskreisen geht das Gerücht um, die Regierung habe mit dem Stahlvereinsgeschäft nicht allein einem Industrieunternehmen — aus Steuergründen — Hilfe und Unterstützung bringen wollen, sondern sie habe beabsichtigt, die neue Stellung des Reiches in der Schwerindustrie dazu zu benutzen, um die „wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich“ bei Bedarf störungsfrei durchzuführen zu können.

Amtlich wird mitgeteilt: Bei der Transaktion betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich im Laufe dieses Frühjahrs vorbereitet und durch einen von ihm am 31. Mai 1932 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluß gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Anlaß, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.

Maßnahmen zur Arbeitsstreckung

Förderung der freiwilligen Verkürzung der Arbeitszeit

Das Reichsarbeitsministerium ist seit langem bemüht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Neuerdings sind auch die Landesarbeitsämter in den Dienst dieser Aufgabe gestellt worden, an der sie durch ihren Aufgabenkreis besonders interessiert sind. Die Landesarbeitsämter sollen durch besondere Kurzarbeitsausschüsse auf die Arbeitsstreckung in den einzelnen Gewerbebezügen und Betrieben ihres Bezirks hinwirken und an den Verhandlungen dieser Ausschüsse auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und gegebenenfalls die Schlichtungsorgane beteiligen. Zugleich sind die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert worden, die Landesarbeitsämter durch tatkräftige Mitarbeit bei der Durchführung dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Politische Zusammenstöße im Reich

III. Berlin, 23. Juni. In zahlreichen Städten ist es wiederum zu schweren politischen Zusammenstößen gekommen. In Köln schritt die Polizei wiederholt im Zentrum der Stadt gegen Trupps von Nationalsozialisten und Kommunisten ein, wobei Verhaftungen vorgenommen wurden. In Halle kam es zu schweren Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Polizei mußte mehrfach von der Schusswaffe Gebrauch machen. In Dsnabrück ereigneten sich blutige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und linksradikalen Elementen, wobei 4 Personen schwer und 2 leicht verletzt wurden. In Bornstedt (Kreis

Sangerhausen) wurden SA-Leute von Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Dabei wurden vier SA-Leute schwer und zahlreiche leicht verletzt. In Essen-West wurde ein Kommunist von unbekannten Tätern erstochen. Bei Ueberfällen auf Nationalsozialisten in Altona wurden 8 SA-Leute schwer und 7 leicht verletzt. In Breslau unternahm die Kommunisten planmäßig vorbereitete Ueberfälle. Zwei Nationalsozialisten und ein Reichsbannermann wurden durch Bruchschüsse schwer verletzt. Als die Polizei eingriff, wurde sie beschossen und mit Blumentöpfen beworfen.

Deutscher Beamter in Lothringen festgenommen

III. Neustadt a. d. S., 22. Juni. Der bayerische Oberforstmeister von Bomhard, Vorstand des Forstamtes Neustadt-Süd, wurde am 18. Juni in Nombach (Lothringen) bei Besuch seines früheren Dienstortes mit seiner Familie von der französischen Gendarmerie verhaftet. Während die Familie am 20. Juni wieder freigelassen wurde, sitzt von Bomhard im Gefängnis in Metz. Gegen ihn ist Anklage erhoben wegen angeblichen Hausfriedensbruchs, Rückkehr nach Nombach. Trotz seinerzeitiger Ausweisung und schließlich deswegen, weil er angeblich an seine vorgelegten Dienststellen während des Krieges über die Volksstimmung in Elsaß-Lothringen und insbesondere in Nombach berichtet haben soll. Die Verhandlung vor dem französischen Gericht in Metz ist auf den 23. Juni festgesetzt. Die deutschen Behörden haben sich des Falles angenommen und die entsprechenden Schritte unternommen.

Chile erklärt Moratorium

III. Santiago de Chile, 22. Juni. Die Regierung hat ein Moratorium erklärt. Wenn die Schuldnerzahlungen gestrichelt sind, sollen in den ersten beiden Vierteljahren je 5 v. H. und in dem folgenden Vierteljahr 10 v. H., andernfalls sollen je Vierteljahr 20 v. H. gezahlt werden.

Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, haben dort schwere Straßenkämpfe stattgefunden. Die englische Botschaft wies den englischen Konsul an, ein Konzentrationlager für englische Bürger vorzubereiten. Viele Engländer sind auf die Schiffe gegangen. In Valparaiso gab es 20 Tote und 50 Verwundete.

Generalfreik und Kriegszustand in Chile

Von den Anhängern des bisherigen Junta-Mitgliedes Grove wurde der Generalfreik erklärt, der aber nur teilweise erfolgreich zur Durchführung kam. Die jetzigen Machthaber beantworteten ihn mit der Erklärung des Kriegszustandes. Der Eisenbahnverkehr vollzieht sich unter militärischem Schutz, die Straßenbahnen in Santiago fahren unter polizeilicher Bedeckung. Die Sicherheitsorgane haben Anweisung, nachts ohne weiteres scharf zu schießen.

Politische Kurzmeldungen

Die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen am 31. Juni sind in vollem Gange. Die großen Parteien, auf die es im wesentlichen ankommt, haben ihre Kandidaten aufstellungen bereits vollendet. Man rechnet damit, daß insgesamt etwa 5000 Reichstagskandidaten aufgestellt werden, von denen allerdings nur 500 bis 550 gewählt werden dürften. — Nach der Deutschen Volkspartei hat sich nun auch die Landvolkpartei entschlossen, selbständig in den Wahlkampf einzutreten. Damit darf der Gedanke eines Zusammenschlusses der bürgerlichen Mitte praktisch als erledigt gelten. — In kommunistischen Kreisen macht man sich mit dem Gedanken eines Verbots der kommunistischen Partei vertraut und trifft bereits alle Vorkehrungen, das illegale Weiterbestehen der Partei zu ermöglichen. — Für den ausgeschiedenen Ministerialdirektor Menzel im Reichsinnenministerium wird der deutschnationale ehemalige Reichstagsabgeordnete Georg Gottheiner Ministerialdirektor und Leiter der Politischen Abteilung im Reichsinnenministerium werden. — In Andernach kam es in einer öffentlichen, von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung, an der über 1000 Personen teilnahmen, zu einer regelrechten Saal-schlacht. Eine Anzahl Personen wurde schwer verletzt. — Zwischen Angehörigen der NSDAP., des Reichsbanners und Kommunisten, die in großen, z. T. uniformierten Einzeltruppen die Straßen der Stadt Kiel durchzogen, kam es überall zu Schlägereien, bei denen mehrere Personen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt wurden. — An die Vorgänge im bayerischen Landtag knüpft sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Nationalsozialisten und dem Landtagspräsidenten Dr. Stang. Die Nat. soz. werfen ihm vor, er habe das Sitzungsprotokoll verfälscht. Die Partei hat beschlossen, Anzeige beim Staatsanwalt wegen intellektueller Urkundenfälschung zu stellen. — Im preussischen Landtag wurde gestern die Wahl des Präsidenten Kerl bestätigt. Zu Vizepräsidenten wurden Baumhoff (Ztr.), v. Kries (Dnt.) und Naake (NS.) gewählt. Annahme fand eine Amnestie für politische und aus wirtschaftlicher Not begangene Straftaten unter Ausnahme der schweren Delikte, wie Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung usw. — Der heftigste Innenminister hat ein Demonstrationsverbot für Hessen erlassen. — Mussolini eröffnete in Rom eine internationale Bäckereitagung. Deutschland ist durch Mitglieder der zuständigen Spitzenverbände, durch bekannte Gelehrte und zahlreiche Fachleute vertreten.



Gemüse kocht man
schmackhaft mit

MAGGI[®] Fleischbrühe

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Kleine politische Nachrichten

Der Reichsinnenminister nimmt Fühlung mit den Verbänden. Der Reichsminister des Innern hat sich der Führung der NSDAP., des Stahlhelms, des Reichsbanners schwarz-rot-gold, des Jungdeutschen Ordens, des Wehrwolf und der Kreuzschar in Verbindung gesetzt, um sicherzustellen, daß diejenigen Bestimmungen beachtet werden, die der Reichsinnenminister auf Grund der Verordnung vom 14. Juni 1932 für erforderlich hält.

Schwedische Schulschiffe in Kiel. Am Mittwoch liefen von der Döbbe kommend die schwedischen Schulschiffe „Majade“ und „Jarramas“ zu einem mehrtägigen Besuch in den Kieler Hafsen ein. Nachdem sie mit der Signalstation Flaggengröße gewechselt hatten, machten sie fest. Die Besatzung der Schulschiffe werden an den Veranstaltungen der Kieler Woche teilnehmen.

18 Millionen Franken für Gaschutz in der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat hat mit 23 gegen 53 Stimmen, entsprechend dem Antrag des Bundesrats, zur Beschaffung von Gasmasken einen Kredit von insgesamt 16 bis 18 Millionen Franken bewilligt. Die Ausgabe wird auf etwa 8 bis 10 Jahre verteilt. In diesem Jahr werden 1,950 Millionen für die Anschaffung und Unterbringung von Gasmasken angewendet.

Der Weltmeisterschaftskampf im Schwergewichtsboren

Im Weltmeisterschaftskampf des Schwergewichtsborens verlor Max Schmeling, der bisherige Weltmeister, gegen seinen Herausforderer Charkey nach 15 Runden. Die Ringrichter sprachen Charkey die höhere Punktzahl zu. Ein großer Teil der 80 000 Zuschauer protestierte, weil Schmeling die bessere Haltung zeigte.

Der Kampf verlief im Ganzen wenig interessant. In den ersten 4 Runden befanden sich beide Kämpfer ausgesprochen in der Defensiv. Obwohl Schmeling gegen Ende des Kampfes in gute Form kam und besser war als Charkey, zeigte er in den ersten Runden des Kampfes zu wenig Angriffs-lust. Schmeling's Zurückhaltung im ersten Teil des Kampfes hat ihm den Sieg gekostet. Charkey zeigte sich in mehreren Runden sehr schwach. Sein Auge war mitgenommen und sein Gesicht heftig gerötet von den harten und ständigen trockenen Linken Schmeling's, die seine Glanzleistung an diesem Abend darstellten. Der Ringrichter sah sich kein einziges Mal veranlaßt, die Kämpfer zu trennen, mußte aber ein oder zweimal Charkey wegen seiner gewohnheitsmäßigen Tieffschläge warnen. In den ersten Runden setzte Charkey dem Weltmeister nach. Schmeling schien den Kampf von sich aus sozusagen erst in der 10. Runde angefangen zu haben. Aber selbst nach diesem Anfang schien er bedeutend langsamer als bei seinem Kampf gegen Ströbling. Er wollte offenbar seine Kräfte aufsparen, um einen K.o.-Schlag gegen Charkey zu platzieren. Es gelang ihm, von der 10. Runde an Charkey stark zu bedrängen. Aber diese Ueberlegenheit reichte nicht zum Punktsieg, geschweige denn zu einem K.o. aus.

Der frühere Boxweltmeister Tunney äußerte über das Ergebnis der Boxweltmeisterschaft: Es sei zum ersten Mal vorgekommen, daß der Welttitel durch eine reine Verteidigungstaktik gewonnen worden sei, da Charkey durchweg in der Verteidigung gelegen habe. Nur ein neuer Kampf könne eine klare Entscheidung ermöglichen. Schmeling's Manager, Joe Jacobs, erklärte, daß die Kampfentscheidung „zum Himmel schreie“. Schmeling's 42,5prozentige Börse beträgt etwa 280 000 Dollar, während Charkey 500 000 Dollar erhält.

Aus aller Welt

Familientragödie

In Hamburg hat eine 27jährige Frau, die von ihrem Manne getrennt lebt, ihre 3 Kinder im Alter von 3, 6 und 8 Jahren in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet. Sie hatte abends die Gasföhne geöffnet und die Wohnung verlassen, lehrte am Morgen zurück und legte sich neben ihre tote Tochter ins Bett. Nachbarn entdeckten das Unglück. Die Frau, die schwer lungenleidend ist, hat offenbar den Mut zum Selbstmord nicht gefunden.

Absturzungsunfall im Salzammergut

Am sogenannten Steinpfeil bei Traunkirchen im Salzammergut ereignete sich ein folgenschweres Absturzungsunfall. Drei junge Leute aus Ebnsee im Salzammergut wollten sich von der Spitze über eine etwa 200 m hohe Felswand abseilen und befestigten das Seil an einem Baum. Die drei Leute ließen sich gleichzeitig am Seil herunter. Infolge der übermäßigen Belastung löste sich jedoch der Felsblock, auf dem der Baum stand und stürzte mit den drei Angelegten in die Tiefe. Die sofort abgegangene Rettungsmannschaft konnte nur noch die schrecklich verstümmelten Leichen der drei Bergsteiger bergen.

Kurznachrichten aus aller Welt

In München hat ein Arbeitsloser durch Vorspiegelung eines Arbeitsverhältnisses, das nicht bestand, unrechtmäßig über 1000 Mark Arbeitslosenunterstützung vom Arbeitsamt München bezogen. Das Gericht verurteilte den Betrüger zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist und sofortiger Verhaftung. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf 3 Jahre aberkannt. — Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem alten Gewehr erschöß in Caselow bei Swinemünde der 15 J. a. Berner Henning seinen 12 J. a. Bruder und verletzte den 23 J. a. landwirtschaftlichen Arbeiter Will Tempke schwer. — Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Verbandes Deutscher Mutterhäuser vom Roten Kreuz fand kürzlich die Weihe eines Ehrenmals für die im Kriege gestorbenen Schwestern und Pflegetochtern vom Roten Kreuz in Landwisch statt.

Württembergischer Landtag

Aus dem Finanzausschuss.

Der Finanzausschuss des Landtags behandelte gestern eine Reihe von Anträgen und Eingaben zur Frage der Arbeitsbeschaffung, über die der Abg. Pflüger (Soz.) Bericht erstattete. Es handelt sich hierbei um das Gesamtproblem der Arbeitsbeschaffung durch das Reich, des Landes, der Amtsbürgerchaften und Gemeinden. Die Anträge und Eingaben betreffen das Innen-, Kult-, Justiz- und Finanzministerium. Der Berichterstatter gab die Eingaben der verschiedenen Vereinigungen und Gemeinden bekannt. Die wichtigste Frage ist selbstverständlich die der Finanzierung. Der Wirtschaftsminister Dr. Maier legte in längerer Darlegung den Standpunkt des gesamten Staatsministeriums zu diesen wichtigen Fragen dar. Er erklärte, daß die Hilfe für die durch Wohlfahrtsverbände bedrängten Gemeinden Reichssache geworden und ausdrücklich als solche erklärt worden sei. Die Hilfe des Landes könne daher erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Interessant waren die Mitteilungen, wie sich die Reichshilfe für Württemberg wieder sehr nachteilig auswirkt. Während früher schon von 230 Millionen RM. Reichsmitteln für Wohlfahrtsverbände auf Württemberg nur 217 000 RM. gekommen sind, wogegen die württ. Regierung energisch und wiederholt Vorstellungen erhoben hat, ist auch bei den neuerlichen Zuwendungen Württemberg wieder sehr schlecht weggekommen. Von den vom Reich zur Verfügung gestellten 672 Millionen RM. seien nach Abzug der Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst noch 652 Millionen RM. zur Verfügung. Davon fallen auf Württemberg nur 2,9 Millionen RM. Es war zuerst in Berlin das Gerücht verbreitet, daß nur 800 000 RM. auf Württemberg kommen sollten. Deshalb war diese Frage eine der Hauptpunkte, die Staatspräsident Dr. Volz vor kurzem dem Reichspräsidenten gegenüber in ernsten Vorstellungen zum Ausdruck gebracht hat, um die Interessen des württembergischen Landes nicht dauernd benachteiligen zu lassen. Nach dem normalen Verteilungsschlüssel würde es auf Württemberg statt 2,9 Mill. RM. etwa 26 Millionen RM. treffen, d. h. etwa das 30fache von dem, was wir tatsächlich erhalten sollen. Mit Recht konnte der Minister darauf hinweisen, welches großes Interesse an diesen Tatsachen das ganze Land, insbesondere aber die Steuerzahler hätten. Jedenfalls kann sich Württemberg mit diesem Betrag nicht zufrieden geben. Gegenüber dem Hinweis auf die frühere ungerechte Verteilung kommt dazu und muß besonders beachtet werden, daß die Wohlfahrtsverbände damals auf einer mangelhaften Statistik beruhten und daß ihre Zahl inzwischen wesentlich vermehrt wurde. Unter diesen Umständen ist es sehr schwer, bei der gesamten Lage des württ. Staatshaushalts eigene Mittel zuzuschleusen. Die württ. Regierung will folgendermaßen vorgehen: Zunächst soll abgewartet werden, wie die Ausschüttung der oben erwähnten 2,9 Mill. RM. Reichsmittel auf die Gemeinden sich auswirkt und dann soll im Rahmen des finanziell Möglichen erneut geprüft werden, wie Mittel für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung von Landes wegen aufgebracht werden können.

Bezüglich der Frage der Notstandsarbeiten kann, so erklärte Minister Dr. Maier, der württ. Regierung gerechterweise der Vorwurf nicht gemacht werden, als ob sie auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung nichts getan habe. Württemberg ist in dieser Frage bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Man erinnere sich nur an die Elektrifizierung der Bahn Ulm—Stuttgart, an den Ausbau der Nord-Südbahn usw. Diese Arbeiten wirken sich in diesem Jahr sehr befruchtend auf den Arbeitsmarkt bei uns aus. Württemberg steht in dieser Richtung weitaus an der Spitze des ganzen Reiches, so daß bei uns die vier- bis fünffache Anzahl von Notstandsarbeitern gegenüber dem Reichsdurchschnitt beschäftigt werden können. Im Jahre 1931 handelte es sich um 56 Notstandsmaßnahmen mit 201 000 Tagewerken und einem Aufwand von 597 000 RM. Darlehen, im Jahre 1932 um 64 Maßnahmen mit 423 000 Tagewerken und 2,813

Millionen RM. Darlehen. Jetzt werden die Mittel allerdings kürzer, da die Restmittel eingelebt sind, wozu sich die württ. Regierung für verpflichtet hielt. Was jetzt noch in Angriff genommen ist, ist noch ein ganz ausführliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sich in ähnlicher Höhe bewegen wird, wie dasjenige des Jahres 1931. Durch eingehende Verhandlungen ist es weiterhin gelungen, die an der Nord-Südbahn begonnenen Arbeiten zeitlich rascher auszuführen. Ja, es konnten 240 000 Arbeitslosentagewerke über den normalen Arbeitsgang hinaus in Angriff genommen werden. So im Unterland zwischen Heilbronn—Neidenau, in Göttingen und Rottweil bezüglich des dortigen Bahnhofsbaus. Der Wirtschaftsminister hat weiterhin in Berlin Verhandlungen geführt, daß Arbeiten, die erst 1933 von der Reichsbahn auszuführen werden sollten, schon 1932 in Angriff genommen werden. Auch diese Bemühungen hatten Erfolg. Freilich konnte der Minister nicht verhehlen, daß ein gewaltiger Strich durch die Rechnung gemacht wird durch die unverantwortlichen Streiks, die in verschiedenen Gegenden ausgebrochen sind. Namentlich an der Strecke Tuttlingen—Göttingen sind dadurch große Verzögerungen eingetreten. Der freiwillige Arbeitsdienst hat sich in Württemberg hoffnungsvoll entwickelt. Die württ. Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, in liberalster Weise alles zu fördern, was in dieser Richtung unternommen wurde. Deshalb hat sich bei uns eine Form des freiwilligen Arbeitsdienstes entwickelt, der Zukunftsaussichten hat. Nunmehr wird es notwendig sein, etwas methodischer diesen Arbeitsdienst zu gliedern und das Prinzip des möglichst größten Effekts festzustellen. Die Arbeitsbeschaffung, die nur eine Entziehung der anderen von der Arbeit bedeutet, ist keine Arbeitsbeschaffung, sondern eine Arbeitsverlegung. Die Frage des Lohns durch freiwilligen Arbeitsdienst spielt keine Rolle. Nach vorhandenen genauen Kalkulationen wird der freiwillige Arbeitsdienst nicht billiger als die normale Arbeit. Die Regie des freiwilligen Arbeitsdienstes hat sich sogar in den meisten Fällen als teurer herausgestellt als wenn man einen Unternehmer beigezogen hätte. Bis jetzt wurden für diesen Zweck 300 000 M. Förderdarlehen gegeben. Bezüglich der Randgemeinden von Stuttgart sind vom Landesarbeitsamt eine Reihe von Maßnahmen geplant. Die Pläne sind noch nicht spruchreif. Der Minister versicherte jedoch, daß die Regierung sich der Sache annehmen werde.

Ministerialrat Schmidt als Vertreter des Innenministeriums gab nähere Auskunft über den Stand der Wohlfahrtsverbände in Württemberg. Er beträgt zur Zeit 27 528, darunter 2648 Jugendliche. Auf tausend Einwohner entfallen in Württemberg 10,7 Wohlfahrtsverbände. Ein kommunikativer Redner spricht sich gegen den freiwilligen Arbeitsdienst aus und bezeichnet diesen ebenso wie die Pflichtarbeit als Sklavenarbeit. Ein nationalsozialistischer Redner betont ebenfalls die Notlage der Gemeinden; er gibt zu, daß eine Anzahl von Gemeinden über ihre Verhältnisse hinaus Schulden gemacht haben. Ein Redner des Bauernbunds will, daß die notleidenden Gemeinden nach wie vor über den Ausgleichslohn bezichtigt werden. Die Personalausgaben in einzelnen Gemeinden müssen noch weiter gedrosselt werden. Es sei nicht richtig, wenn behauptet werde, daß die württ. Regierung bezüglich der Arbeitsbeschaffung versagt habe.

Aus Stadt und Land

Calw, den 23. Juni 1932.

Kultur der Armut

Ein ungeheures Heer deutscher Menschen bevölkert wuzellos und verzweifelt die Landstraße. Sie ziehen bettelnd von Gaststube zu Gaststube, füllen die Herbergen und Obdachlosenheime. Die Fälle häufen sich, daß Strafgefängnisse nach Abschließung ihrer Straftat zu weiteren Verbleiben im Gefängnis bitten oder Begnadigungen energisch zurückweisen. Viele Hunderte wollen ins Gefängnis, besonders im Winter, weil sie nicht arbeiten können. Dort haben sie wenig-

stens Brot und Unterkunft. Kann man ihnen wirklich nicht helfen? Gibt es für sie kein Stückchen Land, das sie bearbeiten könnten? Wir sind arm geworden. Aber es gilt, sich in dieser Armut einzurichten. Sonst gehen Millionen oft wertvoller Menschen zugrunde. Begreifen wir doch endlich, daß mit Arbeitslosenunterstützung nicht viel getan ist, wo die Menschen nach einer eigenen Existenz hungern! Kultur der Armut tut not, nicht Kultur des Reichtums neben der Armut und trotz der Armut. Darin bewährt sich unsere Volksgemeinschaft, daß alle Kreise miteinander tragen und verzichten. Das bedeutet noch lange nicht die Freundlosigkeit! Im Gegenteil, es gilt in dieser Armut Quellen der Freude zu entdecken, die nichts mit dem Geldbeutel zu tun haben. Mit Recht schreibt der Theologe D. v. Püpe: „Es kann eine große geistliche Stunde für unser Volk werden, wenn wir nun den wahren Inhalt des Lebens nicht mehr in dem Stoffe, sondern in der Gestalt und dem reichten Sinne und Geiste erfüllen. Wir sind berufen, der Welt die Möglichkeit einer wahren Kultur zu zeigen, die alle Scheinkultur in den Schatten stellt und als Barbarei kennzeichnet.“

Kraftwagenunfälle in Simmozheim

In Simmozheim ereigneten sich dieser Tage zwei Kraftwagenzusammenstöße. Der erste Unfall betraf einen Stuttgarter Wagen, der die Straßenkreuzung Mittel- und Rumpelstraße in Richtung Calw passierte. Ein die Steige herabkommendes, scharf links in die Hauptverkehrsstraße einbiegendes Pforzheimer Auto rannte auf den Stuttgarter Wagen auf und beschädigte diesen nicht unerheblich. Ein in seinen Folgen schwererer zweiter Zusammenstoß ereignete sich auf der Straße nach Weilerstadt unweit des Ortes. Dort fuhr ein in scharfem Tempo von Calw kommender Kraftwagen ein von Kühn gezogenes Fuhrwerk an, auf welchem eine Frau saß. Das Fuhrwerk wurde zur Seite geschleudert und zertrümmert, während die Frau glücklicherweise mit einigen Schürfungen davonkam. — Die Quantität befindet sich in vollem Gange. Das Heu ist nach Dauerhaftigkeit wie Qualität heuer sehr befriedigend ausgefallen, und dürfte ein besseres Futter wie im Vorjahr in die Scheuern kommen. Allerdings sollte bald wieder beständiges Wetter eintreten, denn es steht noch viel auf den Wiesen. Der Landesbevölkerung wäre es wirklich zu gönnen, wenn sie außer für Steuern und Umlagen auch wieder einmal etwas für sich selbst erübrigen könnte und damit die trostlose Zeit ein Ende fände.

25jähriges Jubiläum der Deutschen Zeltmission

Wie uns berichtet wird beabsichtigt die Deutsche Zeltmission, welche im Mai 1907 in Calw ihren Anfang nahm, wieder hierher zu kommen, um ihr 25jähriges Jubiläum zu feiern. Zu diesem Zweck werden von Sonntag, dem 26. Juni bis Sonntag, dem 10. Juli, der Not der Zeit entsprechende religiöse Volksvorträge gehalten werden. Die Zeltmission hat sich im Laufe von 25 Jahren im Süden Deutschlands, in allen größeren Städten, wo sie mit ihren Spezialvorträgen diente, einen großen Eingang verschafft und ist längst von Kirchen und Gemeinschaftsverbänden als ein notwendiges Bedürfnis anerkannt worden. So viel wir hören, wird der Leiter des Zeltes, Herr Evangelist Rödler, der auch in kirchlichen Kreisen gut bekannt ist, mit Herrn Rektor Trappmann aus Bonn zusammen im Zelte dienen. (Näheres im Anzeigenteil.)

Wetter für Freitag und Samstag

Von Westen rückt jetzt Hochdruck vor und verdrängt die Depression über Mitteleuropa. Für Freitag und Samstag ist mehrfach aufheiterndes, aber noch nicht auf die Dauer beständiges Wetter zu erwarten.

Göppingen, 22. Juni. Vom Freitag auf Samstag hatten wir hier 80 Mann Einquartierung von der Nachrichtenabteilung Cannstatt. Diese halten in der Gegend ihre Übungen ab. Es ist dies die erste Einquartierung seit dem Jahre 1918.

Der Sturz von der Höhe

Original-Roman von Fritz Ritzel-Mainz
Copyright by Verlag „Neues Leben“
Bayr. Gmain. Obb. Nachdruck verboten

24

Von draußen tönte ein schmetterndes Hornsignal und ein Unteroffizier rief mit hellender Stimme zur Tür herein: „Antreten zum Appell!“ worauf alle die in dem Saale befindlichen sich unter Lachen und in den verschiedensten Sprachen durcheinander schreiend nach dem Ausgang drängten.

Wie betäubt folgte Feliz. Nur der Drang besaß ihn, jemand zu finden, der ihm nähere Auskunft über das Ungeheuerliche geben konnte. Er sollte zur Fremdenlegation angeworben worden sein, sollte einer jener modernen Landstredche werden.

Ehe er weiter überlegen konnte, wurde er von seinen Schlafgenossen, unter welchen sich sehr fragwürdige Gestalten, einige mit wahren Galgenphysiognomien befanden, in die Mitte genommen und unter Gelächter und Puffen nach einem gepflasterten Hofe gedrängt, wo inmitten einer Anzahl Soldaten ein hochgewachsener Mann in französischer Infanterieuniform die Gesellschaft erwartete.

„Des is der Adjutant!“ flüsterte der ihm gerade zur Seite gehende Pfälzer Feliz zu. „Mit dem lange Kerl is nit gut Kerse esse!“

Feliz sah hin und suchte zusammen. Eine so überaus schöne Weiblichkeit war ihm denn doch in seinem Leben noch nicht vorgekommen. Das Gesicht dieses Adjutanten glich ja auf ein Haar dem des Comte d'Auberville, zu welchem er sich heute mit Herrn Laforce begeben sollte! Das waren genau die dunklen, etwas finstler blickenden Augen, die Adler-nase und das etwas vortretende Kinn mit dem Henri quater, wie sie der französische Edelmann besaß. Wäre es denn möglich, daß — es durchdrückte den jungen Mann ein eiskaltes Gefühl — mit plötzlichem Entschlusse brach er sich durch den ihn umgebenden Menschenhaufen Bahn und stand im nächsten Augenblick vor dem ihm mit höhnischen Blicken müssenden Adjutanten.

„Ich möchte mir eine Erklärung darüber ausbitten, wie ich hierher gekommen bin, mein Herr!“ rief er entrückt. „Wie können Sie es wagen, gleich bei Ihrem Eintritt einen derartigen groben Verstoß gegen die Disziplin zu begehen?“ fragte der Andere entgegen. „Treten Sie in die Reihe und warten Sie, bis Sie gefragt werden!“

„Ich stehe nicht unter Ihrer Disziplin und verbitte mir Ihren Ton!“ schrie Feliz außer sich. „Gegen jede Vergewaltigung protestiere ich! Das deutsche Konsulat wird mich schützen und diejenigen, die ein Unrecht an mir verübten, strengstens zur Rechenschaft ziehen!“

Damit schritt er rasch nach dem eisernen Gittertor, welches den Hof nach der Straße abschloß, hatte aber kaum die Hälfte der Strecke bis zu demselben zurückgelegt, als sich auf einen Wink des Adjutanten mehrere Soldaten auf ihn stürzten und ihn mit Gewalt zu den Legionären zurück-schleppten, die sich mittlerweile in Reihen aufgestellt hatten.

„Sind Sie des Teufels und haben Sie Lust gleich bei Beginn Ihrer militärischen Laufbahn mit dem Strafgesetze Bekanntschaft zu machen?“ schnaubte der Adjutant den sich wie verzweifelt geberdenden jungen Deutschen an, der die ihn festhaltenden Kerle abzuschütteln oersuchte. Aber diese hielten fest wie Ketten und ließen es dabei an Stößen und Puffen nicht fehlen.

„Das ist Gewalt — himmelschreiende Gewalt! Ich protestiere und verlange, daß Sie mir Gelegenheit geben, den Vertreter Deutschlands zur Hilfe für mich anzurufen!“

Während einige der Legionäre laut lachten oder sich in rohen Ausrufen ergingen, andere sich verständnisvoll gegen-sätzlich ansehend, strich sich der Adjutant ruhig seinen Knebelbart — genau die nämliche Geste, wie sie Feliz gestern an dem Comte d'Auberville gesehen — und sagte gemessen:

„Machen Sie sich nicht lächerlich, mein Vester! Sie haben die Ehre Angehöriger der französischen Armee zu sein und haben als solcher nichts weiteres zu tun, als sich unbedingt zu fügen, nachdem Sie sich durch Unterschrift verpflichteten, fünf Jahre in der Fremdenlegation zu dienen!“

„Ich mich durch Unterschrift verpflichtet?“ schrie Feliz auf. „Das ist eine Lüge und ich werde —“ „Soll ich Ihnen das Schriftstück unter die Nase halten, das drinnen in der Kanzlei liegt? Das Schriftstück, das Sie in meiner Gegenwart unterzeichnet haben, — das man Ihnen laut vorgelesen hat und das deutlich genug den Vermerk trägt: Engagé

volontaire pour cinq ans? Ihre eigene Unterschrift werden Sie doch wohl nicht ableugnen? Aber jetzt ist meine Geduld zu Ende — noch ein Wort des Widerspruchs und die erste Strafe wird über Sie verhängt!“

In des jungen Deutschen Kopf begann es zu brausen und zu hämmern. Er selbst hatte sich durch Unterschrift verpflichtet, in der Fremdenlegation zu dienen? Allerdings hatte er gestern in halbem Traumzustand ein Schriftstück unterzeichnet — den Vertrag mit dem Comte d'Auberville. Darmherziger Himmel — sollte dies alles eine listig angelegte Falle gewesen — sollten dieser überhöfliche Herr Laforce, die schöne Heloise ihn den Werberrin in die Hände gespielt haben? Dem gräßlichen Elend sollte er überliefert sein, jählings herabstürzen aus der ihm so nahe erträumten Höhe des Lebens? Es war nicht auszudenken! Wie ein Nebel legte es sich vor seine Augen — der öde Hof mit seinen Eisengittern, die Gestalt des Adjutanten, die Reihen der Legionäre verschwammen vor ihm — wie von einer Riesenfaut füllte er sein Inneres unter der Wucht der grauenhaftesten Empfindungen zusammengepreßt und mit einem schmerzlichen Stöhnen sank er ohnmächtig zu Boden.

Auf erträumter Höhe

Es waren nunmehr drei Jahre seit dem unerklärlichen Verschwinden Feliz Taubers verfloßen, und nahm man in seiner Vaterstadt allgemein an, daß der hoffnungsvolle junge Mann entweder einem Unglücksfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Für die erstere Annahme sprach der Umstand, daß gerade an dem Tage, an dem Feliz Tauber sich nach Frankreich begab, auf der von ihm benutzten Bahnstrecke sich ein Zusammenstoß zweier Züge ereignet hatte, bei welchem einige der tödlich Verunglückten derart verstümmelt wurden, daß man ihre Persönlichkeiten nicht feststellen konnte. Um so weniger dies, als die von dem Unfall betroffenen Waggons in Brand geraten waren, der sämtliche Effekten der unglücklichen Passagiere vernichtete. Aber die trostlose Mutter, Frau Tauber, glaubte nicht an einen Unglücksfall, denn Feliz mußte ihrer Berechnung nach bereits am Ziele seiner Reise angekommen sein, als das Unglück geschah, und da sich Herr Hellborn, der Prinzipal des jungen Mannes, ihrer Meinung anschloß, hatte man in Nancy durch die Beförderung Nachforschungen nach dem Verschwinden anstellen lassen. (Fortsetzung folgt.)

Damals waren es sächsische Truppen, die beim Rückzug von Frankreich acht Tage lang hier im Quartier lagen.

Bad Liebenzell, 22. Juni. Zur Freude der Kurgäste und Einwohner hat das Reichswehrministerium zum erstenmal seit Kriegsende einer Militärkapelle die Genehmigung erteilt, in Bad Liebenzell, das bekanntlich in der 50 Kilometer-Zone liegt, in welcher sich keine geschlossene Truppe aufhalten darf, ein Militärkonzert in Uniform zu spielen. Am 3. Juli veranstaltet nun das Musikkorps der 5. Nachrichten-Abteilung Cannstatt unter Leitung von Musikdirektor Langer nachmittags in den Kuranlagen ein Wohltätigkeits-Militärkonzert. Abends spielt das Trompeterkorps während einer Anlagenbeleuchtung beim Scheine von Fackeln und Lampen den großen Zapfenstreich.

Birkenfeld, 22. Juni. Auf Veranlassung von Baumschulbesitzer und Baumwart Rau versammelten sich die Baumwärter des Bezirks zwecks Gründung einer Baumwärtervereinigung. Die Vereinigung kam zustande mit dem Ziel der Hebung und Förderung einer einheitlichen Baumpflege und engem Zusammengehen mit den Bezirksobstbauvereinen.

Magold, 22. Juni. Die Abschlußzahlen des Hauptvoranschlags der Stadtpflege für 1932 sind: Einnahmen 207 634 (im Vorjahr 241 949) Mark; Ausgaben 369 217 (427 794) M.; Abmangel 161 583 (185 945) M. Die Gesamtkataster erbringen bei 21 Pr. Umlage einen Steuerertrag von 192 300 M. Der Rest mit 29 288 M. soll durch Ausgleichsstock und durch Einsparungen, soweit das noch möglich ist, gedeckt werden.

St. Georgen, 22. Juni. Die gestrige Verhandlung des St. Georgen Erweiterten Schöffengerichts war seine erste und zugleich seine letzte. Die Notverordnung vom 14. Juni hat der Einrichtung des Erweiterten Schöffengerichts einen unerwartet raschen Tod bereitet. Künftig kommen die Fälle sofort vor die Strafkammer des Landgerichts Rottweil, das Schöffengericht St. Georgen bleibt natürlich bestehen.

Verhandelt wurde gestern gegen einen 31 Jahre alten Schreiner aus Freudenstadt, der falsche Zweimarkstücke hergestellt und ausgegeben hatte und nun wegen Falschmünzerei 5 Monate Gefängnis erhielt. Zwei Freunde von ihm, ein Dienstmädchen und ein Hilfsarbeiter, die ebenfalls das Falschgeld ausgegeben hatten, erhielten 3 Monate bzw. 2 Wochen Gefängnis.

St. Georgen, 22. Juni. Vor einigen Tagen wurde hier ein Dachkammermarder zur Strede gebracht, der schon seit Jahren sein schändliches Handwerk unter der Maske eines Biedermanns betrieben hatte. Die Festnahme dieses Schädlings ist einem Zufall zu verdanken, da der Mann sich durch nichts auffällig machte und den Leumund eines geordneten und gut situierten Bürgers genoss. Es handelt sich um einen verheirateten, 47 J. a. Bürodiener von hier, der auf seinen Botengängen in der Stadt jede Gelegenheit zum Diebstahl aus Dachkammern und Mansardenwohnungen wahrnahm. Auf dem gleichen Gebiete betätigte sich auch ein polizeibekannter, 37 J. a., geschiedener Packer, der erst vor einigen Wochen aus der Strafanstalt Hall entlassen worden war.

St. Georgen, 22. Juni. Einem Unglücksfall ist der in Stadt und Bezirk weit darüber hinaus bekannte Schafhalter Karl Dorfner zum Opfer gefallen. Mit seinem Jagdgewehr wollte er eine fremde Kage in seiner Scheuer erschießen. Auf dem Weg dahin glitt er auf einer schmalen Staffel aus und stürzte, wobei sich das Gewehr entlud. Der Schuß drang Dorfner in den Oberkörper und führte bald darauf zu seinem Tod.

Süßen, 22. Juni. Gestern nachmittag kurz vor 2 Uhr brach im Trockenraum der Ziegelei der Fa. G. Kunze ein Feuer aus, das sich bei dem leicht brennbaren Ziegeleimaterial mit großer Geschwindigkeit ausdehnte und auf die angrenzenden Gebäudeteile übergriff. Die Ortsfeuerwehr von Süßen konnte des Brandes nicht

mehr Herr werden und rief deshalb die Weckerlinien von Geislingen und Göppingen zu Hilfe. Trotz vereinten Kräfte ist es bis zum Spätnachmittag noch nicht gelungen, dem Feuer Einhalt zu gebieten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse.
Stuttgart, 22. Juni. Bei sehr kleinem Geschäft gab es heute mehrfach Kursverluste am Aktienmarkt; aber auch in Goldpandbriefen gingen die Kurse bis zu 1 Pr. zurück.

R.E. Berliner Produktenbörse vom 22. Juni
 Weizen märk. 252-254; Roggen märk. 185-187; Futter- und Industrieroggen 162-172; Hafer, märk. 157-161; Weizenmehl 30,75-34,75; Roggenmehl 25,10-27,10; Weizenkleie 9,10-10,50; Roggenkleie 10,10-10,50; Viktoriaerbsen 17-23; kl. Speiseerbsen 21-24; Futtererbsen 15-19; Peluschken 16 bis 18; Ackerbohnen 15-17; Wicken 16-18; Lupinen, blaue 10-11; dto. gelbe 14,50-16; Leinfuchsen 10,30-10,90; Erdnufuchsen 10,60; Erdnufuchsenmehl 10,80; Trockenschneißel 8,70; extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10; dto. ab Stettin 10,90. Allgemeine Tendenz: befestigt.

Holzverkäufe
 Bei den Holzverkäufen aus den württ. Staatswäldungen wurden in der ersten Hälfte des Monats Juni für Nadelstammholz folgende Erlöse erzielt: Schwarzwald Fichten und Tannen 37-45, Forchen und Lärchen 40-71, Unterland Fichten und Tannen 40-51, Forchen und Lärchen 40-55, Nordostland Fichten und Tannen 40-45, Forchen und Lärchen 40-45, Schwäb. Alb Fichten und Tannen 35-45, Forchen und Lärchen 35-38, Oberschwaben Fichten und Tannen 35-40, Forchen und Lärchen 37-43 Pr. der Landesgrundpreise.

Wirtschaftsminister Dr. Maier

spricht
 am Samstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr
 im Badischen Hof in Calw

in
öffentl. Versammlung
 über:
„Volksnot und Wirtschaftsnot“.

Jedermann ist freundlich eingeladen.

Deutsche Demokratische Partei

Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw
 Wirtschaftsminister Dr. Maier

spricht am Samstag, den 25. Juni,
 abends 8 Uhr, im Bad. Hof in Calw in
öffentlicher Versammlung

über:

„Volksnot u. Wirtschaftsnot“
 Die Mitglieder des Gewerbevereins sind
 dazu besonders eingeladen.
 Der Vorstand: H. G. E. Fig.

Gebrauchtes
Fahrrad
 billig zu verkaufen.
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Werbetage

Freundliche Einladung!
Im Zelt
 der Deutschen Zeltmission
 in Calw am Hirsauer Weg

finden aus Anlaß des
25jährigen Jubiläums
 von Sonntag, den 26. Juni bis Sonntag, 10. Juli,
 jeden Nachmittag 1/2 Uhr (außer Samstags)
Bibelstunden
 und jeden Abend 8 Uhr
Religiöse Volksvorträge

statt.
 Themen für die erste Woche:
 Sonntag, 26. Juni, nachm. 1/2 Uhr: Eröffnungs-Versammlung.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Astrologie, Astronomie und Christologie.
 Montag, 27. Juni: Der Weg zur bleibenden Freude.
 Dienstag, 28. Juni: Der Führer, der uns fehlt.
 Mittwoch, 29. Juni: Ehe oder freie Liebe?
 Donnerstag, 30. Juni: Unsere Kinder — unsere Sorgen.
 Freitag, 1. Juli: Vom Leben, Lieben und Leiden. (Nur für Frauen und Töchter).
 Samstag, 2. Juli: Lebensfreude der Männerwelt. (Nur für Männer und junge Männer).
 Jedermann herzlich willkommen!
 Eintritt frei!

bei
Luger

1 Pfund feiner
Rakao
 und
1 Krug
 zusammen **1.25**
 1 Liter feines
Tafelöl
 und 1 schönes
Salatbesteck
 zusammen
75 Pfg.
 Prima
Rosinen
 bei Sach
 Pfd. **19** Pfg.

Zwangsversteigerung.
 Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert
Freitag, 24. 6., 8 Uhr in Röttenbach: 1 Nähmaschine „Afrana“, 1 Faß mit Most, 1 leeres Faß, 1 Käuferschwein jka. 12 Wochen alt. Ferner **um 10 Uhr in Altsulach:** 1 Obstmühle, 1 Obstpresse, jka. 2 ehm. tannene Bretter, 7 tannene Balken. Ferner **um 11 Uhr in Oberhaugstett:** 1 Kuh Bleß, 1 Rind jka. 1 Jahr alt. Zusammenkunft je beim Rathaus.
 Ger.-Vollz.-Stelle.

Freiwillige Sanitäts-Kolonie Calw
 Nächste Übungsstunde
Freitag abends 8 Uhr im Lokal. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. R.

Sommerliche, ruhig gelegene
4-Zimmer-Wohnung
 samt Zubehör sehr billig zu vermieten.
 Matthäus Pfommer Alzenberg

Gesunde sommerliche
2-Zimmer-Wohnung
 zu mieten gesucht.
 Interessenten wollen ihre Adresse auf der Geschäftsstelle ds. Bl. angeben.

Deutscher Liederlag

Am Sonntag, den 26. Juni, vormittags
 11 Uhr findet auf dem Marktplatz ein



Öffentliches Konzert

statt. Die Calwer Einwohnerschaft wird dazu höflich eingeladen.

**Bürgermeisteramt
 Calwer Liederkreis
 Calwer Stadtkapelle**

KURGARTEN HIRSAU
 Heute Donnerstag 8 Uhr

Tanz-Abend

ausgeführt von der Streichabteilung
 des Musikvereins Hirsau/
 Eintritt 40 Pfg. pro Person

Altburg—Bachnang

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. Juni 1932, im Saal von Georg Kentschler in Altburg stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.
 Friedrich Keyer, Schneider
 Sohn des Michael Keyer, Milchhändler, Altburg
 - Elsa Marta Sanzenbacher
 Tochter des Gottlieb Sanzenbacher, Landwirt
 Bachnang
 Kirchgang 1 Uhr in Altburg
 Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Der Verkaufserfolg

liegt
 in der Werbung,
 die erfolgreichste
 Werbearbeit
 ist die mittelst
Anzeigen
 in der Tageszeitung.

Unterhaugstett, den 22. Juni 1932.
 Phil. 1, 21

Todes-Anzeige



Berwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater,
 Schwiegervater und Großvater

Gottlieb Hauff

Schreinermeister

gestern mittag nach kurzer Krankheit im Alter von 73 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag nachmittags 1/2 Uhr